

7. Menschenrechte von LSBTI in der Entwicklungszusammenarbeit und Außenpolitik fördern!

7.2 Wie wollen Sie erreichen, dass Deutschland und auch andere Geberländer endlich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen für die Unterstützung von LSBTI-Menschenrechtsverteidiger*innen im Globalen Süden und Osteuropa?

Union



„Die Fragen VII 1., 2. und 3. werden zusammen beantwortet.

Die vernetzte Außenpolitik Deutschlands muss aus Sicht von CDU und CSU auf Werten basieren. Uns ist dabei der wichtigste Wert die Würde des Menschen und unser Eintreten für die Menschenrechte. Dazu gehört auch der Einsatz für bedrängte und verfolgte Minderheiten. Leider gehören in vielen Regionen dazu immer noch Menschen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt oder bedrängt werden. Wir wollen, dass auch in Zukunft die Vertreter sowohl des deutschen Auswärtigen Dienstes, als auch des Europäischen Auswärtigen Dienstes bilateral und auch in multilateralen Forum wie dem VN-Menschenrechtsausschuss für die Rechte von Schwulen und Lesben eintreten. Wir setzen uns dafür ein, dass sie noch besser für diese Aufgabe sensibilisiert werden. Wir setzen uns auch künftig für die finanzielle Ausstattung von Programmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit für bedrängte und verfolgte Minderheiten einschließlich Schwulen und Lesben ein. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wird auch künftig zusammen mit den Fach- und Haushaltspolitikern prüfen, welche Institutionen am besten geeignet sind, diese Aufgabe zu erfüllen.“

SPD



„Für den Zeitraum von 2010 bis 2016 hat Deutschland etwa 6 Mio. Euro für die Förderung gesellschaftlicher Toleranz und der Rechte von LGBTI sowie anderer benachteiligter Personen zugesagt. Auch die EU fördert in Drittländern Projekte zur Beseitigung der Diskriminierung von LGBTI-Personen. Der Aktionsplan der EU für Menschenrechte und Demokratie (2014-2019) spiegelt dies wider. In vielen Ländern besteht jedoch das Problem, dass Nichtregierungsorganisationen durch eine restriktive Gesetzgebung finanziell nicht mehr oder nur sehr begrenzt aus dem Ausland gefördert werden dürfen. Andernfalls – wie in Russland – gelten sie als ausländische Agenten und verlieren so ihre Glaubwürdigkeit. Finanzielle Förderung ist wichtig, aber nur ein Teil einer proaktiven ganzheitlichen Unterstützung von LGBTI-Organisationen. Dafür setzen wir uns ein.“

Linke



„DIE LINKE fordert den konsequenten Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit, allerdings unter der Prämisse, dass dies nicht nach den wirtschaftlichen Paradigmen der Geberländer, also einer Fortführung des neoliberalen Diktats geschieht, bei der die Menschen des Südens in noch mehr Abhängigkeit geraten, so wie dies in Teilen bislang geschieht. Wir fordern Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit im Hinblick auf eine soziale, gerechte und emanzipatorische Gesellschaft. In den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit muss die Kooperation mit LSBTI-gruppen und Vertreter_innen verankert werden. Doch nur im Zusammendenken des sozialen und des emanzipativen

„Blockaden brechen – Respekt wählen! Gemeinsam für Freiheit und gleiche Rechte“
Wahlprüfsteine des LSVD zur Bundestagswahl 2017

Gedankens, kann man gerade reaktionären Gegenbewegungen in den Staaten des Südens vorbeugen.“

Grüne



„Die Fragen im Abschnitt 7 werden gemeinsam beantwortet:

Mit den Yogyakarta-Prinzipien wurde 2007 erstmalig ein umfassender Katalog der Menschenrechte in Bezug auf die sexuelle Orientierung und die geschlechtliche Identität vorgelegt. Zudem wurden Handlungsempfehlungen an die Regierungen der Staaten ausgesprochen. Viele Regierungen haben diese Prinzipien als Grundlage ihrer Außenpolitik akzeptiert. Dies wollen wir auch für Deutschland erreichen.

Deutsche Menschenrechtspolitik muss eine klare Position beziehen gegenüber Ländern, die Menschenrechte von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgender mit Füßen treten. Gerade angesichts der früheren Verfolgung Homosexueller in unserem Land hat Deutschland eine besondere Verantwortung, Menschenrechtsverteidiger*innen aktiv zu stärken, auch durch finanzielle Unterstützung der hier bereits erfolgreich tätigen zivilgesellschaftlichen Hirschfeld-Eddy-Stiftung. Auch seine Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen muss Deutschland für die Stärkung der Rechte von LSBTI weltweit nutzen.

Die Menschenrechte von LSBTI müssen integraler Bestandteil der Außenpolitik und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sein. Daher unterstützen wir ein LSBTI-Inklusionskonzept. Ein Schwerpunkt muss die massive Unterstützung von internationalen Bemühungen zur Abschaffung der Kriminalisierung von Homosexualität sein – im Rahmen der Vereinten Nationen wie bei sämtlichen bilateralen Kontakten mit Staaten, die noch an der Strafverfolgung von Homosexualität festhalten. Gleichzeitig muss die deutsche Außenpolitik auf bilateraler wie multilateraler Ebene jeder Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Trans* Menschen entgegentreten. Dazu gehören Bemühungen gegen grassierende Gewalt und dagegen, dass Täter oftmals keine Strafverfolgung zu fürchten haben. Klare Stellung beziehen muss die deutsche Politik auch gegen Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. In den auswärtigen Beziehungen und in der Entwicklungszusammenarbeit muss mit Nachdruck auf die Einhaltung der Menschenrechte gepocht werden. In der Entwicklungszusammenarbeit, und dort insbesondere in HIV-Präventionsprogrammen, muss darauf geachtet werden, dass auch Homosexuelle und Trans* Menschen in eine Präventionsstrategie integriert sind.

Wir wollen unsere Botschaften dazu nutzen, die Menschenrechtsverteidiger*innen vor Ort zu schützen und mit Wissen und juristischem Sachverstand zu unterstützen. Mittelfristig soll es an allen Botschaften jeweils eine Kontaktstelle für Aktivist*innen geben, die sich für die Menschenrechte einsetzen. Die Botschaften sollten zudem stärker von ihrem Recht Gebrauch machen bei Strafprozessen als Beobachter vor Ort zu sein und die Angeklagten zu unterstützen. So erfüllen die deutschen Auslandsvertretungen ihre Funktion als Wächter von Menschenrechten und helfen Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren. Diese Dokumentation sollte sich auch in den offiziellen Länderberichten wiederfinden.“

FDP



„Die USA drohen unter ihrem neuen Präsidenten als führende Kraft in der Förderung der LSBTI-Menschenrecht an Engagement einzubüßen. Die Prioritäten deutscher Außen- und Entwicklungspolitik müssen entsprechend überprüft und angepasst werden. Gefordert sind mehr Anstrengungen und glaubhaftes Engagement bei der Verteidigung der Menschenrechte von LSBTI.“

In der Außen- und Entwicklungspolitik braucht Deutschland wieder mehr Einsatz für LSBTI. Weder der aktuelle Außenminister noch der derzeitige Entwicklungsminister zeigen erkennbaren Einsatz in dieser Frage – trotz massiver Menschenrechtsverletzungen in Afrika, Asien und dem arabischen Raum. Antworten auf Strafverschärfungen und Verhaftungen sind immer die gleichen: fatales Schweigen der Bundesregierung.

Verfolgerstaaten dürfen nicht mit deutschen Steuermitteln belohnt werden. Regierungen, die Strafen gegen LSBTI nicht abbauen, sondern verschärfen, sollen deshalb mit Kürzungen der Entwicklungszusammenarbeit rechnen müssen. Besonders geleistete Budgethilfe muss an die Einhaltung und Durchsetzung von Menschenrechtsstandards gebunden sein. Streichungen bei Nichteinhaltung dürfen Projekte, die unmittelbar der Bevölkerung und insbesondere der Menschenrechtsarbeit dienen, nicht treffen.

Bei den großen, nicht nur staatlichen und staatlich geförderten Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit muss die Berücksichtigung der Bürger- und Menschenrechte von LSBTI in den Fokus gerückt und bei allen Projekten als Querschnittsaufgabe des Handelns begriffen werden. Die LSBTI-Menschenrechtsverteidiger*innen vor Ort sind hier zentraler Partner und müssen auch finanziell angemessen unterstützt werden.“

AfD



„Auch im Ausland treten wir für eine Entkopplung der LSBTI-Fragen von der Ideologie des Gender-Mainstreaming ein. Wir werden generell größte Anstrengungen zum Schutz von Menschenrechten anstreben. Den LSBTI fällt hier keine Sonderrolle zu.“

Legende

